Presseinformation

14. Februar 2005

458 Millionen Euro für Wohnbau in NÖ beschlossen

Onodi: Kürzung würde höhere Mietkosten bedeuten

Der Bedarf an Wohnungen bleibt groß, die teilweise relativ hohen Mieten stellen für viele, vor allem für junge Menschen, ein großes Problem dar. Derzeit werden österreichweit rund 640.000 Wohnungen, das sind an die 45 Prozent des Mietwohnbestandes, zu hohen Marktmieten angeboten. „Eine Senkung der Wohnbauförderung würde laut einer Studie der TU Wien zu einem Ansteigen der Mietpreise führen. In der derzeitigen wirtschaftlichen Situation wäre das eine fast unüberwindliche Hürde für viele Menschen. Vor allem kinderreiche Familien, aber auch AlleinerzieherInnen und die BezieherInnen kleiner Pensionen würden dann kaum mehr in der Lage sein, eine adäquate Wohnung zu finden“, betont dazu Landeshauptmannstellvertreterin Heidemaria Onodi: „Angesichts dieser Ergebnisse wird einmal mehr deutlich, welchen immens wichtigen Stellenwert die NÖ Wohnbauförderung hat. In der heutigen Sitzung des Wohnbauförderungsbeirates wurden für den Neubau oder die Sanierung von 7.725 Wohneinheiten, 10 Ordinationen und 2 Heimen Förderungen in der Gesamthöhe von 458.393.450 Euro beschlossen. Ebenso werden 558 Solarenergieanlagen mit 2.713.050 Euro und 1.208 Heizkessel mit 10.231.670 Euro gefördert. Diese Investitionen des Landes sind aber nicht nur für die Schaffung von leistbarem Wohnraum unverzichtbar, sondern auch für die heimische Wirtschaft. Mit den getätigten Investitionen werden rund 9.500 Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert“, so Onodi.

Nicht nur der Schaffung von neuem Wohnraum kommt große Bedeutung zu, sondern auch der Sanierung. Durch optimierte Wärmedämmungen, den Einbau neuer Heizkessel oder von Solaranlagen verbessert sich die Energiebilanz der Häuser nachhaltig. Onodi: „Damit kommt es nicht nur zu Ersparnissen für die BewohnerInnen durch niedrigere Heizkosten, die Maßnahmen sind auch ein wertvoller Beitrag zum Umweltschutz.“ „Die Wohnbauförderung ist und bleibt für Niederösterreich unverzichtbar. Eine Kürzung der Förderungen um nominell 25 Prozent würde laut Berechnung der TU einen Mietanstieg um jährlich 6,5 Prozent oder mehr als das Dreifache der Inflationsrate nach sich ziehen. Zudem würden geringere Förderungen zu Wohnungsengpässen und damit zu massiven Preissteigerungen sowie zu einer dramatischen Schwächung der heimischen Wirtschaft führen. Beides wäre für unser Land untragbar.“

Zu diesem Artikel gibt es eine unterstützende Audiodatei. Diese ist zum Download nicht mehr verfügbar. Bitte wenden Sie sich an: presse@noel.gv.at

E-Mail: presse@noel.gv.at